

PRESSEMITTEILUNG



Erinnerung an Deportation

79. Jahrestag des Erlasses zur Verbannung der Deutschen in Russland

Im Grenzdurchgangslager Friedland veranstaltet die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland (LmDR) traditionell ihre jährliche Gedenkfeier, bei der der Opfer der russlanddeutschen Volksgruppe infolge des Deportationserlasses gedacht wird. Im August 1941, wenige Wochen nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion, hatte das Präsidium des Obersten Sowjet die Verbannung der gesamten russlanddeutschen Volksgruppe nach dem Osten beschlossen. Die Betroffenen hatten von jetzt auf gleich ihre Häuser und Höfe zu verlassen. Ihre Familien wurden auseinandergerissen und in Güterwaggons wochenlang durch die Sowjetunion transportiert. Wer die Strapazen überlebte, musste fortan Zwangsarbeit leisten. Die hoffnungslose Lage dieser Menschen änderte sich auch nach Kriegsende lange Zeit nicht. Ihre Entrechtung aufgrund ihrer deutschen Volkszugehörigkeit hatte bis in die 1960er-Jahre Bestand. In den 1980er-Jahren und vor allem nach dem Zerfall der Sowjetunion nutzten Millionen von ihnen die Möglichkeit, nach Deutschland überzusiedeln – in das Land, aus dem ihre Vorfahren stammten.

In diesem Jahr konnte die Gedenkfeier der Landsmannschaft aufgrund der allgemeinen Corona-Beschränkungen nur in kleinstem Kreise durchgeführt werden. Einige wenige Vertreterinnen und Vertreter der LmDR legten am Sonnabend, dem 5. September, auf dem Hagenberg am Fuße der Friedland-Gedächtnisstätte einen Kranz nieder. Ursprünglich vorgesehene weitere Programmpunkte auf dem Gelände des Durchgangslagers mussten entfallen.

Die Niedersächsische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Editha Westmann MdL, hat ihre Verbundenheit mit der Landsmannschaft in Form einer Nachricht an Lilli Bischoff (die niedersächsische Landesvorsitzende und stellvertretende Bundesvorsitzende der LmDR) zum Ausdruck gebracht. An die Öffentlichkeit wendet sich Editha Westmann mit einem Appell: „Das tragische Schicksal der Deutschen in der Sowjetunion ist Bestandteil unserer gesamtdeutschen Geschichte. In Niedersachsen möchte ich Politik, Wissenschaft und Kultur dazu aufrufen, die schweren Schicksale der Aussiedler und Spätaussiedler in unsere Erinnerung dauerhaft zu integrieren.“

Hannover, den 7. September 2020